

# **Tätigkeitsbericht Thomas Birk, MdA – Oktober 2011 bis Oktober 2012**

Sprecher für Verwaltungsmodernisierung  
Sprecher für Queerpolitik

Mitglied in den Ausschüssen  
Digitale Verwaltung, Datenschutz und Informationsfreiheit  
Inneres, Sicherheit und Ordnung  
Kulturelle Angelegenheiten  
Bildung, Jugend und Familie  
Mitglied im Musikschulbeirat

## **A) Verwaltungsmodernisierung/E-Government/Transparenz und Open Data/Netzpolitik**

Im neuen Ausschuss für digitale Verwaltung, Datenschutz und Informationsfreiheit wurden die Aufgaben der früheren Ausschüsse für Verwaltungsreform, Informations- und Kommunikationstechnik und der Unterausschuss Datenschutz zusammengeführt. Leider interessiert sich von den anderen Parteien inklusive der Piraten niemand (mehr) so Recht für Verwaltungsmodernisierung und E-Government und auch nur wenig für Datenschutz. Das früher hervorragende Berichtswesen zu Projekten von ServiceStadt Berlin soll sehr wesentlich eingeschränkt werden. Der Datenschutzbericht 2010 wurde nur in einer halben Sitzung beraten und bei der Art der Beratung des Datenschutzberichtes 2011 streitet der Ausschuss noch. Die Atmosphäre ist sehr angespannt. Wir sind eigentlich die einzige Fraktion, die arbeitet. Stefan Gelbhaar für Netzpolitik, Benedikt Lux als vertretendes Mitglied für Datenschutz und ich für digitale Verwaltung, E-Government und Verwaltungsmodernisierung.

Hauptaufgabe des ersten Halbjahres 2012 war die Beratung des Doppelhaushaltes. Der Ausschuss hatte alle Titel zu Informations- und Kommunikationstechnik für alle Ressort zu beraten. Auch hier waren wir die mit Abstand aktivste Fraktion. Meine 107 eingereichten Fragen und Berichtsaufträge und 31 Änderungsanträge wurden in insgesamt 14 Stunden beraten, letztere erwartungsgemäß alle abgelehnt.

### **Auflagenbeschluss zum Doppelhaushalt 2012/13**

[http://www2.thomasbirk.de/uploads/antrag\\_auflagenbeschlussitdat\\_buendnis90\\_gruene.pdf](http://www2.thomasbirk.de/uploads/antrag_auflagenbeschlussitdat_buendnis90_gruene.pdf)

Ich legte einen umfassenden Antrag für einen Auflagenbeschluss zu IT/Netzpolitik und Verwaltungsmodernisierung vor. Kern waren die Forderungen nach umfassenden Konzepten zur Umstellung auf Open Source Software, für Open Data, Open Government und W-Lan. Im Antrag haben wir auch konkrete Vorschläge für Green IT und zur Ausweitung der Budgetierung, um vergleichbare Ausgabenstandards für die IT in den Behörden zu erhalten, für einheitliche Dokumentenstandards zur besseren Kommunikationsfähigkeit der Behörden untereinander und die Verbesserung des Berichtswesens durch Qualifizierung der IT-Bestands- und Planungsübersicht vorgelegt. Bis auf die Forderung nach Open Source wurden die meisten Bestandteile unseres Antrags in die Auflagen zum Haushalt durch den Hauptausschuss übernommen.

## **Antrag Berliner Transparenz- und Informationsfreiheitsgesetz (TransIFG)** [http://www2.thomasbirk.de/uploads/transifgdrs17\\_0456.pdf](http://www2.thomasbirk.de/uploads/transifgdrs17_0456.pdf)

Nicht erst seit dem gewonnenen Volksentscheid zum Berliner Wasser besteht ein hohes öffentliches Interesse zu einer umfassenden Transparenz zu Daten zu allen öffentlichen Belangen und Verträgen der öffentlichen Verwaltung oder mit Auftragnehmern zur Grundversorgung. Nach Hamburger Vorbild haben wir im August 2012 ein Transparenz- und Informationsfreiheitsgesetz vorgelegt. In einer Teamarbeit von Benedikt Lux, Stefan Gelbhaar, Dirk Behrendt und mir unter Zuarbeit von unseren MitarbeiterInnen Jenny Häusler, Alexander Klose und Rosi Giesen entstand eine neue Mischung aus dem Hamburger Gesetz, das dort vor der Sommerpause einstimmig beschlossen worden ist, und unseren seit 1999 bestehenden Informationsfreiheitsgesetz. Wesentlicher Inhalt ist der Paradigmenwechsel vom Recht auf Akteneinsicht (das vereinfacht selbstverständlich weiter bestehen bleiben soll) hin zu einer umfassenden proaktiven Veröffentlichungspflicht der Verwaltung. Dabei sollen Rohdaten in offenen Dateiformaten ins Internet gestellt werden.

Der Antrag ist in vierzehn Ausschüsse überwiesen worden. Wir streben diese gründliche Beratung an, weil wir alle Fachressorts von der Notwendigkeit dieser neuen Transparenz überzeugen wollen. Das gilt übrigens auch für die entsprechende Öffentlichkeitsarbeit. Die Beratung zu dem Antrag in den Ausschüssen hat noch nicht begonnen, weil wir noch auf einen entsprechenden Gesetzesantrag von Linken/Piraten warten. Der Senat hat allerdings schon signalisiert, dass er ein solches Gesetz nicht will. Gleichwohl gibt es in Berlin ein Datenportal und ich setze mich dafür ein, dass dieses Portal von allen Verwaltungen auf Landes- und Bezirksebene gefüllt wird und das Thema Open Data auch schon vor einer gesetzlichen Regelung praktiziert wird.

Möglicherweise können wir das Ziel Open Data auch über ein E-Government-Gesetz erreichen, das als Referentenentwurf aus der rot-roten Zeit vorliegt, der eine weitgehenden proaktive Transparenzpflicht für öffentliche Daten vorsieht. Dieser Entwurf liegt auf Eis, weil die Koalition auf den Beschluss eines Bundesgesetzes für E-Governmentgesetz wartet, der allerdings diese weitgehende Transparenzpflicht nicht vorsieht.

## **Antrag Leitlinien und Regeln für Social Media in der Öffentlichen Verwaltung** [http://www2.thomasbirk.de/uploads/d17\\_0248socialmedia.pdf](http://www2.thomasbirk.de/uploads/d17_0248socialmedia.pdf)

In den Berliner Behörden herrscht große Unsicherheit, ob und wie sie sich in digitalen sozialen Netzwerken bewegen dürfen und sollen. Mein Antrag zu Leitlinien und Regeln zum Umgang mit Social Media in der Verwaltung wurde am 22. Oktober im Ausschuss beraten und in der Fassung eines banalen Änderungsantrag der rot-schwarzen Koalition, wonach eine Arbeitsgruppe zu dem Thema ihre Ergebnisse vorlegen soll, beschlossen.

## **Kleine Anfrage: Was tut der Senat gegen die Mehrbelastungen in den Bürgerämtern durch neuen Personalausweis und den elektronischen Aufenthaltstitel?**

[http://www2.thomasbirk.de/uploads/n17\\_00815.npabuergeraemter.pdf](http://www2.thomasbirk.de/uploads/n17_00815.npabuergeraemter.pdf)

Durch die Einführung der elektronischen Steuerkarte und des elektronischen Aufenthaltstitels ist es zu einer erheblichen Mehrbelastung der Bürgerämter bei

gleichzeitigem Personalabbau gekommen. Die in der Beantwortung der aufgeführte Kompensation ist bei weitem nicht ausreichend.

**Kleine Anfrage: Wie wurde der Einheitliche Ansprechpartner in 2011 genutzt?**

[http://www2.thomasbirk.de/uploads/ka17\\_10100.eap2011pdf.pdf](http://www2.thomasbirk.de/uploads/ka17_10100.eap2011pdf.pdf)

Wie bereits letztes Jahr habe ich auch dieses Jahr die mangelnde Inanspruchnahme des (elektronischen) einheitlichen Ansprechpartners (EAP), der durch die EU-Dienstleistungsrichtlinie für alle Länder zur Pflichtinstitution wurde, durch eine Kleine Anfrage öffentlich gemacht. Die Beantwortung war dem Staatssekretär so peinlich, dass er mich persönlich anrief, ob er nicht etwas allgemeiner antworten dürfte. Der EAP empfing 95 Erstkontakt-E-Mails und 69 Erstkontakttelefonate im Jahr, verschlang aber rund 2,5 Mio. € an Kosten.

**Kleine Anfrage: Wer nutzt den standardisierten IT-Infrastruktur-Service (ITIS) des ITDZ?**

[http://www2.thomasbirk.de/uploads/ka17\\_10125.pdf](http://www2.thomasbirk.de/uploads/ka17_10125.pdf)

Die Anfrage ergab, dass die Nutzung der standardisierten IT-Infrastrukturservice (ITIS) des IT-Dienstleistungszentrums (ITDZ) durch die Behörden unbefriedigend ist (rund 14 Prozent der Hauptverwaltung nutzen diesen Service, die Bezirke inklusive 2011 gar nicht. Dies wirft weitere Fragen nach Preisen und Qualität dieser Standardangebote auf.

## **B) Bildung und Kultur**

In den Ausschüssen für Bildung, Jugend und Familie und für Kulturelle Angelegenheiten haben andere die HauptsprecherInnenfunktionen. Doch habe ich in beiden Ausschüssen eigene Schwerpunktthemen übernommen. Im Bereich Bildung sind das vor allem kulturelle Bildung, die IT-Ausstattung und Betreuung der Schulen und digitale Bildung.

### **Musikschulen und Volkshochschulen**

Mein Schwerpunkt zur kulturellen und außerschulischen Bildung liegt derzeit bei der Situation der Musikschulen und der Volkshochschulen. Seit Jahrzehnten sind diese Institutionen chronisch unterfinanziert, es gibt historisch gewachsene strukturelle Unterschiede zwischen den Bezirken, die arbeitnehmerähnlichen Honorarkräfte kämpfen für bessere Arbeitsbedingungen und das Angebot von Musikschulen und VHS deckt den Bedarf nicht ab. So stehen derzeit 10.000 Menschen auf der Warteliste für die bezirklichen Musikschulen. Diese Probleme beklage ich seit Jahren auch als Mitglied des Musikschulbeirates.

**Antrag Musikschulen und Volkshochschulen sichern – Arbeitsbedingungen der Honorarkräfte an Musikschulen und Volkshochschulen verbessern**

[http://www2.thomasbirk.de/uploads/d17\\_0449.pdf](http://www2.thomasbirk.de/uploads/d17_0449.pdf)

Nach einer von uns im Bildungsausschuss angemeldeten Anhörung zum Thema VHS und Musikschulen haben ich einen gemeinsamen Oppositionsantrag zu diesem Thema initiiert, der in ähnlicher Fassung auch in vielen Bezirken, so auch in Tempelhof-Schöneberg gestellt wurde. Er fordert die Umsetzung eines seit 2009

vorliegenden Kommissionsberichtes zur Verbesserung und Angleichung der VHS- und Musikschulstrukturen zwischen den Bezirken und fordert Tarifverträge für die arbeitsnehmerähnlichen Honorarkräfte und einen finanziellen Ausgleich für die Bezirke für eventuelle Mehrbelastungen beider Vorhaben. Gerne hätte ich den Antrag schon zusammen mit den Koalitionsfraktionen eingebracht, aber sie haben das abgelehnt. Die Beratung steht noch aus.

**Positionspapier: Musikschulen und Volkshochschulen und ihre MitarbeiterInnen brauchen eine Perspektive**

[http://www2.thomasbirk.de/uploads/musikschulen\\_und\\_volkshochschulen\\_und\\_ihre\\_mitarbeiterinnen\\_brauchen\\_eine\\_perspektive.pdf](http://www2.thomasbirk.de/uploads/musikschulen_und_volkshochschulen_und_ihre_mitarbeiterinnen_brauchen_eine_perspektive.pdf)

Zur Unterfütterung des Antrags habe ich ein Positionspapier zu dem Themenkomplex geschrieben, das in der Fraktion einstimmig als die Fraktionsposition verabschiedet wurde.

Außerdem habe ich zwei kleine Anfragen zu Musikschulen zur Beteiligung von Eltern und zu Kooperationen mit allgemeinbildenden Schulen und Kitas gestellt:

**Kleine Anfrage: Wie ist die Elternvertretung für Musikschulen geregelt?**

[http://www2.thomasbirk.de/uploads/ka17\\_10299elternvertretungmusikschule.pdf](http://www2.thomasbirk.de/uploads/ka17_10299elternvertretungmusikschule.pdf)

**Kleine Anfrage: Kooperationen zwischen Schulen bzw. Kitas und Musikschulen**

[http://www2.thomasbirk.de/uploads/ka17\\_10821koopeartionenmusikschulen.pdf](http://www2.thomasbirk.de/uploads/ka17_10821koopeartionenmusikschulen.pdf)

Noch unbeantwortet ist eine **Kleine Anfrage zum Thema "Neue Ausführungsvorschriften über Honorare der Musikschulen und die Folgen"**.

## **Elektronische Verwaltung und Ausstattung der Schulen**

Noch nicht beantwortet ist eine **Kleine Anfrage zum Thema: Wie ist der aktuelle Stand von eGovernment@School?**

Unter diesem Namen firmiert die Mammutumstellung der Schulen auf wenige Standardsoftwareprogramme zur Verwaltung der Schule (zur umstrittenen Schülerdatei, Stundenplanerstellung, Zeugnisse usw.). Diese im Prinzip von uns unterstützte Gesamtmaßnahme (wobei die Details des Datenschutzes strittig bleiben) kostet bis 2016 mindestens an die 100 Mio. Euro und leider läuft wohl einiges schief, weil die Schnittstellen zwischen den Softwareprogrammen nicht funktionieren und die Schulen zu wenig Schulung und Unterstützung erhalten.

## **C) Queerpolitik**

### **Initiative sexuelle Vielfalt**

**Antrag: Initiative sexuelle Vielfalt (ISV)/Aktionsplan gegen Homophobie und Transphobie fortführen und qualifizieren**

[http://www2.thomasbirk.de/uploads/d17\\_0294isv.pdf](http://www2.thomasbirk.de/uploads/d17_0294isv.pdf)

Bei allen Fortschritten zur gesetzlichen Gleichstellung von gleichgeschlechtlichen Lebensweisen und einer zunehmenden Akzeptanz von Lesben und Schwulen in der Mehrheit der Gesellschaft (bezüglich der rechtlichen Stellung und der Akzeptanz von Transsexuellen, Transgender und Intersexuellen können beide Ausgangsbedingungen nicht so positiv bewertet werden), kommt es leider immer noch regelmäßig zu homophoben und transphoben Gewalttaten und Diskriminierungsfällen. Die Anzeigenbereitschaft liegt leider noch immer bei geschätzten, niedrigen 10 Prozent. Insbesondere in den Schulen gibt es ein großes Defizit an Aufklärung und Offenheit gegenüber dem Thema sexuelle und geschlechtliche Vielfalt. Die Förderung von Akzeptanz muss für jede neue Generation neu geleistet werden.

Schon in der letzten Legislaturperiode ist es uns aus der Opposition heraus gelungen, einen Aktionsplan gegen Homophobie durchzusetzen. Er heißt seit dem Änderungsantrag zu unserem entsprechenden Antrag durch rot-rot und einstimmigem Parlamentsbeschluss: „Initiative: `Berlin setzt sich ein für Selbstbestimmung und Akzeptanz sexueller Vielfalt“, kurz „Initiative sexuelle Vielfalt (ISV)“. Die Initiative war 2010 und 2011 mit jeweils mit rd. einer Mio. € unterfüttert, in 2012 und 2013 sind es jeweils immerhin noch rd. 550.000 €.

Wesentliches Ziel in dieser Legislaturperiode wird es sein, SPD und CDU beim Wortlaut ihres Koalitionsvertrag zu nehmen, wo sie versprechen, die Initiative sexuelle Vielfalt fortzuführen und zu qualifizieren. Deshalb haben wir im April 2012 einen Antrag gestellt, der sich folgerichtig „Initiative sexuelle Vielfalt (ISV)/Aktionsplan gegen Homophobie und Transphobie fortführen und qualifizieren“ nennt und der aus 36 programmatischen Punkten besteht. Schwerpunkte sind die Themen Bildung/ Jugend, Diversity in der Verwaltung, Bewusstseinsförderung in Wissenschaft und Kultur, Bekämpfung von vorurteilsbezogener Kriminalität, Dialogförderung, rechtliche Gleichstellung und überregionale Zusammenarbeit.

Ziel ist es, nachhaltige Projekte zur Förderung der Akzeptanz von Lesben, Schwulen, Bi- und Transsexuellen, Transgender und Intersexuellen zu sichern und dabei tatsächlich auch die Mehrheitsgesellschaft zu erreichen.

Auf der Fraktionsveranstaltung „Wie weiter mit der Initiative sexuelle Vielfalt“ am 17.10.2012 haben wir unseren Antrag zur Diskussion gestellt. Wir haben schon im Vorfeld um Ergänzungsvorschläge zum Antrag gebeten. Diese werden wir nun einarbeiten und hoffentlich noch dieses Jahr zu einer ersten Ausschussberatung kommen.

Noch unbeantwortet ist eine **Kleine Anfrage zu Projekten der Initiative sexuelle Vielfalt**, die ich zusammen mit Anja Kofbinger gestellt habe.

## **Rechtliche Gleichstellung**

**Antrag: Siebzehntes Gesetz zur Änderung des Landesbesoldungsrechts**  
[http://www2.thomasbirk.de/uploads/ds17\\_0459.pdf](http://www2.thomasbirk.de/uploads/ds17_0459.pdf)

**Antrag: Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Versorgung der Beamtinnen und Beamten sowie der Richterinnen und Richter des Landes Berlin**  
[http://www2.thomasbirk.de/uploads/ds17\\_0458.pdf](http://www2.thomasbirk.de/uploads/ds17_0458.pdf)

Nachdem das Bundesverfassungsgericht im Juni Beamtinnen und Beamten in eingetragener Lebenspartnerschaft rückwirkend zum 01.08.2001 (also dem Inkrafttreten der Eingetragenen Lebenspartnerschaft) den Familienzuschlag bei der Besoldung und gleiche Versorgungsrechte wie verheirateten Paaren zugestanden hat, habe ich zeitgleich wie die Linke zwei Gesetzentwürfe formuliert, die für die Berliner LandesbeamtInnen das gleiche bewirken sollen. Verpartnerte Paare haben zwar schon diese Rechte in Berlin (auch damals von uns mitbeantragt), aber nur rückwirkend zum 03.12.2003 und noch nicht zum 01.08.2001. Es handelt sich also um einen mehr symbolischer Akt, den viele wird es nicht betreffen, dennoch braucht der Senat für die Prüfung der Anträge nun schon zwei Monate.

### **Kleine Anfrage: Keine halben Sachen: Wie geht Berlin mit dem Einspruch des Bundesministeriums der Finanzen gegen die Aussetzung der Vollziehung bei eingetragenen LebenspartnerInnen bezüglich der Zusammenveranlagung und der Änderung der Steuerklassen um?**

[http://www2.thomasbirk.de/uploads/ka17\\_10371zusammenveranlagung.pdf](http://www2.thomasbirk.de/uploads/ka17_10371zusammenveranlagung.pdf)

In dieser kleinen Anfrage geht es darum, ob Berlin sich an einer bundesweiten Initiative beteiligt, wonach eingetragene LebenspartnerInnen schon mal eine gemeinsame Versteuerung bei der Einkommenssteuer beantragen können, auch wenn schwarz-gelb sich noch immer nicht durchringen konnte, bei der Einkommenssteuer gleiche Rechte für Eingetragene LebenspartnerInnen wie für verheiratete Paare gesetzlich anzuerkennen.

## **Antidiskriminierung**

### **Anzeige gegen Nazinetzwerk**

Auf der Webseite der rechtsextremen Gruppe "Nationaler Widerstand" wurde in einem Artikel zum Hass gegen Homosexuelle aufgestachelt. Mit meiner Kollegin Anja Kofbinger habe ich im Januar 2012 unter dem Gesichtspunkt des Tatbestandes der Verletzung des Paragraphen 130 des Strafgesetzbuches Anzeige gegen die rechtsextreme Gruppe gestellt. Pressemeldungen dazu haben immerhin bewirkt, dass die Ermittlungen gegen dieses Nazinetzwerk mit etwas mehr Nachdruck geführt und auch öffentlich begleitet werden.

### **Offener Brief an St. Petersburg**

Aus Protest gegen das Gesetz zum Verbot von Öffentlichkeitsarbeit zu Lesben und Schwulen haben die queerpolitischen SprecherInnen aller Fraktionen im Abgeordnetenhaus, und damit auch Anja Kofbinger und ich im Februar 2012 einen offenen Brief an das Parlament von St. Petersburg geschrieben.

## **CSD-Saison**

### **Kleine Anfrage: Wie würdigt Berlin Alan Turing?**

[http://www2.thomasbirk.de/uploads/ka17\\_10271alanturing.pdf](http://www2.thomasbirk.de/uploads/ka17_10271alanturing.pdf)

Das Thema Wissenschaft war das Schwerpunktthema des diesjährigen CSD, u.a. da sich Alan Turings 100. Geburtstag genau am Tag der CSD-Demonstration jährte. Alan Turing war einer der großen Computerpioniere, wurde wegen seines

Schwulseins zu einer Hormonbehandlung in Großbritannien verurteilt und starb 1954 wahrscheinlich an Selbstmord. Ich wollte wissen, ob und wie das Land Berlin und seine Institutionen ihn dieses Jahr ehrten.

## **Regenbogenempfang**

Seit sechs Jahren führt die Fraktion einen großen Regenbogenempfang durch, der auch dieses Jahr wieder zusammen mit der Bundestagsfraktion eingeladen wurde. Gut 200 Gäste kamen am 25.05.2012 in's Abgeordnetenhaus, informierten sich über das Thema Regenbogenfamilien und die geplante Einführung eines neuen Instituts zur Stärkung der sozialen Elternschaft und feierten mit uns.

## **D) Wahlkreis Schöneberger Norden**

### **Asbest in unseren Wohnungen**

Unter dem gleichlautenden Titel treffen sich seit Jahresbeginn 2012 MieterInnen der GEWOBA im Nollendorfkiez. Ich habe diese Treffen besucht und versuche nach Kräften das Anliegen der MieterInnen für Aufklärung über Asbestbestände in den Wohnungen und fachgerechte Entsorgung zu unterstützen. Dazu gab es informelle Treffen mit der GEWOBA, der RBB hat in der Sendung Klartext ausführlich berichtet, unsere Bezirksverordnete und Sibyll Klotz versuchen, im Rahmen ihrer Möglichkeiten die GEWOBA zu bewegen und die Fraktion im Abgeordnetenhaus hat auf meine Initiative hin im Mai einen entsprechenden Antrag **„Asbestgefahr in Wohngebäuden aktuell bewerten und transparent machen (Drucksache 17/0293)** eingebracht, der alle Wohnungsbestände betrifft, aber noch nicht im Ausschuss beraten wurde.

### **Nollendorfplatz**

Im Kiez zwischen Nollendorfplatz und Winterfeldtplatz gibt es viel zu tun, das meiste befindet sich dank Sibyll Klotz's Aktivitäten auf einem guten Weg. Doch bevor behördliche Maßnahmen greifen haben sich mein Mann und ich gedacht, fangen wir im Kleinen an und haben bei drei Pflanzaktionen zusammen mit Mitgliedern von Mann-O-Meter, LSVD und AnwohnerInnen zwei weitere Beete ehrenamtlich im südlichen Teil des Nollendorfplatzes im September und Oktober bepflanzt und den Platz aufgeräumt. Dank einer kleinen Finanzspritze aus dem Ressort von Sibyll Klotz, Rindenmulch von der Grünflächenverwaltung und Wasser von den Wasserbetrieben konnten wir so richtig loslegen. Nun hoffen wir auf NachahmerInnen für den Rest des Platzes.

### **Mieten**

Eines der Hauptthemen im Kiez sind steigende Mieten. Bei einer Veranstaltung am 20.09.2012 beim Stadtteilverein Schöneberg e. V. habe ich zusammen mit Renate Giese, Rainer Penk und Sabine Schneller mit AnwohnerInnen über das Thema Mieten und die Kosten der energetischen Sanierung diskutiert.

## **Hans-Wurst-Nachfahren**

Auch als Kulturausschussmitglied ist mir sehr am Erhalt des Puppentheaters Hans-Wurst-Nachfahren am Winterfeldtplatz gelegen. Ich stehe mit der Leitung im engen Kontakt. Denn Ende Juli 2013 läuft der Mietvertrag aus. Im Kulturausschuss habe ich mehrmals nachgefragt, was der Senat diesbezüglich unternimmt und das Versprechen bekommen, dass sich Kulturstaatssekretär Schmitz persönlich darum kümmert.

### **Kontakt:**

Thomas Birk  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
im Abgeordnetenhaus von Berlin  
Niederkirchnerstraße 5  
10111 Berlin  
Tel. 030/2325-2412  
Fax 030/2325-2409  
Mobil 0179/673 90 13  
[thomas.birk@gruene-fraktion-berlin.de](mailto:thomas.birk@gruene-fraktion-berlin.de)  
[www.thomasbirk.de](http://www.thomasbirk.de)

